

Staatsterrorismus – Aufarbeitung oder Verdrängung (Teil 3)

Die uruguayische Halbherzigkeit

In Uruguay, finden im September 2009 Präsidentschaftswahlen statt. In der zweiten Runde, der Stichwahl, gewinnt der Kandidat des Mitte Links Bündnisses der **Frente Amplio**, **José „Pepe“ Mujica**. Der 74jährige gehörte Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zur Führungsriege der uruguayischen Stadtguerilla **TUPAMAROS**. 15 Jahre verbrachte **Mujica** in diversen Kerkern Uruguays, als Geisel der Militärs. Ein menschliches Faustpfand, mit dem die Militärs jegliche Form von Protest zu unterbinden suchten, und an dem die in der **School of Americas** einstudierten Folterpraktiken angewandt wurden.

Kurze Zeit nach der Zerschlagung der **TUPAMAROS** übernahmen die Militärs 1973 die Macht. Es folgten 12 Jahre Diktatur. Die uruguayische Diktatur steht für systematische und massive Folter, für Tausende von Verhafteten und Entführten und ins Exil Geflüchtete. Geschätzt wird, dass zwischen 1972 und 1984 rund 40.000 Uruguayer verhaftet oder entführt wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 3 Mio. Menschen. Ungeklärt ist bis heute das Schicksal rund 200 Verschwundener.

Parallel zur Wahl **Mujicas** zum Präsidenten Uruguays scheiterte die zweite Volksabstimmung, mit der das seit 1986 gültige Amnestiegesetz als ungültig erklärt werden sollte. Dieses „**Gesetz über die Hinfälligkeit des Strafverfolgungsanspruches des Staates**“ setzten die Militärs ein Jahr nach dem Ende der Militärdiktatur in Uruguay durch und sorgten damit dafür, dass diejenigen von ihnen, die in den Jahren von 1973 bis 1985 Menschenrechtsverletzungen begingen, vor juristischer Verfolgung verschont und geschützt blieben. Die erste Volksabstimmung gegen das Amnestiegesetz scheiterte 1989. Damals drohten die Militärs mit einer Neuauflage der Diktatur. Nur 43 Prozent der Bevölkerung stimmte für die Aufhebung der Amnestie. Bei der zweiten Abstimmung 2009 fehlten gerade mal 3 Prozent der Stimmen.

Für die beteiligten Menschenrechtsorganisationen und die Angehörigen der Verschwundenen ein neuerlicher Schock. Es habe eine offensive Unterstützung für das Plebiszit seitens des Mitte Links Bündnisses der Frente Amplio gefehlt, was ein fataler Fehler sei, da das Ergebnis eine gespaltene Gesellschaft offenbare. Sie haben *„wenn überhaupt, nur halbherzig zur Abstimmung aufgerufen.“* In **Carlos Casares** Worten liegt Enttäuschung und Verbitterung. Schließlich sind innerhalb dieses Bündnisses viele politische Führer, die damals vor und während der Diktatur auch Betroffene des Staatsterrorismus waren. *„Sie können für sich selbst entscheiden, was sie wollen, ob sie den Tätern von damals, die sie gefoltert haben, verzeihen oder nicht. Aber sie können diese persönliche Haltung nicht als allgemeingültig für Alle erklären und sich damit über internationales Recht hinwegsetzen.“*

Carlos Casares hatte sich für die Volksabstimmung eingesetzt. Er war einer der ganz Jungen damals, die sich den **TUPAMAROS** angeschlossen hatten und sich für eine sozialgerechte Gesellschaft einsetzten. Ein Kampf, für den er recht bald im Gefängnis landete. Nach dem Ende der Diktatur engagierte er sich weiterhin innerhalb der **MLN-Tupamaros** im legalen parteipolitischen Rahmen.

Nach den Wahlerfolgen des von den **Tupamaros** mitbegründeten **Movimiento de Participación Popular/MPP** – der Bewegung für die Beteiligung des Volkes, und deren Einstieg ins parlamentarische Spielfeld stieg er aus. Er sah die Führung mehr und mehr

von den ursprünglich formulierten Zielen der revolutionären Umgestaltung des Landes abrücken.

Auch **Sara Mendez** engagierte sich für die Abschaffung des Amnestiegesetzes. Sie erhoffte sich davon, dass in Uruguay genau wie im Nachbarland Argentinien endlich das Schweigen über diese Verbrechen aufgebrochen werden könnte.

Über 25 Jahre lang suchte die kleine zierliche Uruguayerin unermüdlich und dabei immer wieder an ihre eigenen Grenzen stoßend nach ihrem Sohn **Simon**.

Sara Mendez war im Juli 1976 in Buenos Aires verhaftet worden. Ihren wenige Monate alten Sohn Simon musste sie bei der Verhaftung in der Wohnung zurück lassen. „*Sie solle sich keine Sorgen machen, der Krieg würde nicht gegen Kinder geführt*“, hörte sie die Militärs noch sagen.

Aber **Simon** wurde nicht ihren Angehörigen übergeben, er wurde seiner familiären Banden beraubt. Verzweifelt suchte **Sara** ihn überall. Sie schrieb Petitionen, befragte Nachbarn, Polizisten. Erst ein Vierteljahrhundert später fand sie **Simon**. In ihrer Erinnerung war ihr Sohn ein Baby, ein anderes Bild hatte sie nicht von ihm.

Nun stand sie einem für sie fremden jungen Mann gegenüber, dem es schwer fiel, sie als Mutter anzuerkennen. Er hatte 25 Jahre lang ein anderes, ein von seiner Mutter entfremdetes Leben geführt, mit anderen Eltern, die er als solche empfand und die sein Vertrauen und seine Liebe erhielten. Er wuchs mit diesen Eltern in einem Umfeld auf, in dem Menschen wie seine leibliche Mutter **Sara Mendez** als eine zu bekämpfende gefährliche politische Terroristin eingeordnet war.

„*Es war für uns beide eine große Herausforderung, zueinander zu finden und uns so wie wir sind auch anzuerkennen*“, sagt **Sara** heute. Ihre wieder und wieder durchlebten Schmerzen sind dabei weggesteckt. Vielleicht verarbeitet, vielleicht aber auch nur beiseite geschoben. Ihr Fall ist einzigartig, sind es doch sonst die Großeltern, die ihre Enkel suchen, die gestohlen wurden, nachdem die Militärs ihre Kinder umgebracht hatten. Ein Vierteljahrhundert ihres Lebens verbrachte Sara mit der Suche nach ihrem Sohn. Im gleichen Zeitraum konnten die Verantwortlichen für dessen Raub und Verschleppung ein normales Leben führen - mit ihren Kindern und mit ihren Zukunftsplänen. Auch das Ende der Diktaturen in Uruguay und Argentinien änderten daran nichts.

Sara Mendez hat kein Verständnis dafür, dass in ihrem Land die politische Führung bisher nicht bereit ist, die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Staatsterrorismus als immanenten Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte zu führen. Wie beispielsweise in Argentinien. „*Dort wird heute in den Schulen am 24. März – dem Tag des Staatsstreichs 1976 – über die Bedeutung des Staatsstreichs, seine Folgen und die Menschenrechtsverletzungen geredet*“, erläutert **Sara** und eine gewisse positive Aufgeregtheit liegt in ihren Worten, als sie fortfährt. Sie will verstanden wissen, was sie damit meint und erzählt die Geschichte von **Mariana Zaffaroni**, die ebenfalls in Argentinien bei der Verhaftung ihrer uruguayischen Eltern geraubt und von einer Militärfamilie angeeignet wurde. **Mariana** wollte lange Zeit nach ihrem Auffinden nichts von ihrer eigentlichen Identität wissen.

„*Jetzt schrieb sie uns, dass ihre Tochter an diesem 24. März von der Schule nach Hause kam und fragte: Mama, gab es in unserer Familie „desaparecidos“? Erschrocken von der Frage versuchte Mariana die Antwort hinaus zu zögern. Sie nahm Kontakt zur Schulpsychologin auf, fragte, wie sie damit umgehen sollte, was sie ihrer Tochter antworten sollte? Als wir diesen Brief von Mariana lasen, dachten wir: damit beginnt eine neue Etappe in der Geschichte Marianas, den jetzt ist es ihr Part, ihrer Tochter ihre eigene Geschichte zu erzählen, die sie selbst lange nicht an sich ranlassen wollte.*“

Genau das fehlt in Uruguay, „diese Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, dabei ist es so wichtig den kommenden Generationen zu zeigen: die Geschichte wird bearbeitet und es wird mit allen Mitteln versucht, sich der Wahrheit über die Verbrechen anzunähern. Schließlich waren es die Sicherheitskräfte des Staates,“ fügt **Sara** noch als letztes hinzu, „die agierten, also diejenigen, die eigentlich dafür da sind, für die leibliche Unversehrtheit der Bevölkerung zu sorgen.“